



Ein Blick von ganz oben: Gesprächsrunde „Geld regiert die Welt – auch die Medizin?“ bei der Auftaktveranstaltung des 58. Bayerischen Ärztetages.

## Wider die Wolfsgesellschaft Kontroverse Diskussion über Ökonomie und Medizin

Knapp drei Stunden waren vergangen bei der Auftaktveranstaltung zum 58. Bayerischen Ärztetag im Landestheater in Memmingen, als Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), die bei dieser Veranstaltung obligatorischen Worte sprach: „Hiermit eröffne ich offiziell den 58. Bayerischen Ärztetag.“ Dies war aber auch zugleich eines der wenigen traditionellen Elemente einer Veranstaltung, die statt ausführlicher Monologe diesmal im Zeichen des Dialogs stand.

Das erste Novum erwartete die rund 400 Gäste gleich zu Beginn. Denn erstmals war Dr. Werner Schnappauf, Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, zu einem Ärztetag gekommen. Schnappauf machte deutlich, dass er sich in dem breiten Aufgabengebiet des jungen Ministeriums gerade noch orientiere und

warb um Verständnis, dass ihm noch nicht jede Facette des komplexen Gesundheitswesens geläufig sei: „Ich lasse nichts unversucht, in dieses Thema hineinzuwachsen, und bin auch deshalb hierher gekommen, um Ihre Meinungen und Ansichten zu hören.“ Trotz oder gerade wegen dieses bescheidenen Auftretens zeigte der Minister dann im weiteren Verlauf seines Vortrags, dass er es versteht, die Zuhörer mitzunehmen. Mit seinen drei Kernforderungen – die freie Arztwahl, die Erhaltung der hohen Qualität der medizinischen Versorgung und das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis – stieß er ebenso auf breite Zustimmung wie mit seinem Bekenntnis zur Freiberuflichkeit. Er kündigte an, ein besonderes Übel für die Ärzteschaft, nämlich den stetig steigenden Aufwand für Formalismen in Praxen und Kliniken, an der Wurzel packen zu wollen. „Wir müssen den Dschungel



Politik und Ökonomie: Jochen Wahnschaffe, SPD (MdL), Matthias Sehling, CSU (MdB), und Professor Dr. Günter Neubauer (v. li.).



Politik und Medizin: Staatsminister Dr. Werner Schnappauf, Moderatorin Conny Czymoch und BLÄK-Präsident Dr. H. Hellmut Koch (v. li.).



Berufspolitik: Conny Czymoch, Dr. H. Hellmut Koch, BLÄK-Präsident, Dr. Max Kaplan und Dr. Klaus Ottmann, Vizepräsidenten der BLÄK (v. li.).



Kommunalpolitik: Oberbürgermeister Ivo Holzinger und BLÄK-Vizepräsident Dr. Max Kaplan (v. li.).



Zusammensein: Gäste und Delegierte nach der gelungenen Eröffnung.



Das hell erleuchtete Landestheater Schwaben in Memmingen.

der Bürokratie im Gesundheitswesen lichten“, so Schnappauf. Ein zweites wichtiges Projekt werde die Gesundheitsvorsorge, die man mit einer breit angelegten Präventionsoffensive den Bürgern in Bayern näher bringen will. Bei Themen wie Nichtrauchen oder gesunder Ernährung komme es darauf an, einen Mittelweg zu finden: „Es geht nicht darum, Askese zu predigen, sondern Mitte und Maß zu finden und zu bewahren.“

### Ökonomie

Ganz bewusst abgewichen von diesem Grundsatz ist anschließend der renommierte Gesundheitsökonom Professor Dr. Günter Neubauer mit zehn durchaus provokanten Thesen zum Gesundheitswesen. Wie er anhand einiger wirtschaftlicher Kennziffern klar machte, ist bei den Ausgaben für medizinische Leistungen Askese durchaus angebracht. So würde es jährliche Mehrausgaben von einem Prozent verursachen, wenn man den medizinischen Fortschritt komplett umsetzen wolle. Geld, das angesichts eines stagnierenden Bruttosozialprodukts allerdings nicht vorhanden sei. Inzwischen stünde Deutschland im europäischen Vergleich auf dem letzten Platz, was das wirtschaftliche Wachstum und die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt angeht. An der Spitze: Irland. „Hätten wir ein Wirtschaftswachstum von jährlich vier Prozent, dann gäbe es auch bei uns keine Sozialdiskussion“, so Neubauer. Hinzu käme eine Überalterung der Bevölkerung, die den Ökonom zu der Forderung veranlasste, auch Unter-18-jährige an Wahlen zu beteiligen, indem sie ihre Stimmen auf die Eltern übertragen. Dann würden sich auch die politischen Entscheidungen mehr an zukünftige Anforderungen denn an Bestandssicherung ausrichten. Über die handelnden Politiker hatte Neubauer sowieso an diesem Abend wenig Positives zu berichten: „Das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) hat über 400 Seiten. Ich bin überzeugt, dass keine zehn Prozent der Abgeordneten, die darüber entschieden haben, es auch gelesen haben. Und von diesen haben auch höchstens zehn Prozent es verstanden.“ Aus ökonomischer Sicht nütze der Regelungswahn des Gesetzgebers überhaupt nichts, hingegen müsse deutlich mehr Entscheidungsspielraum in die Hände der Akteure gegeben werden. Das gilt sowohl für den Zahnersatz – „Wenn man es nicht wagt, den Menschen die Eigenverantwortung für 28 Zähne zu übertragen, was will man sie dann überhaupt entscheiden?“ – so Neubauer – wie auch für den Krankenhaussektor, wo private Träger den kommunalen oder kirchlichen klar überlegen seien.

### Ethik

Letztere Aussage war dann ein idealer Einstieg in die Diskussionsrunde unter dem Titel „Geld regiert die Welt – auch die Medizin?“, die von der Fernsehjournalistin Conny Czymoch moderiert wurde. Möglicherweise schnitten die privatwirtschaftlich geführten Krankenhäuser besser ab, was den Profit angeht, doch würden die Patienten dadurch keinesfalls besser versorgt, so Ärztekammerpräsident Koch. Vizepräsident Dr. Max Kaplan, verwies darauf, dass auch eine wohnortnahe stationäre Versorgung einen großen Wert darstelle und bei einer rein an betriebswirtschaftlichen Parametern ausgerichteten Organisation die Menschlichkeit auf der Strecke bleibe. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Joachim Wahnschaffe hielt mit seiner Meinung nicht hinterm Berg: „Einige private Häuser betreiben Rosinenpickerei.“ Daraufhin entschärfte Neubauer seine These ein wenig: Kleine Krankenhäuser müssten nicht gleich geschlossen werden, aber zumindest andere Funktionen erhalten. Den Patienten müsse man fragen, was ihm die wohnortnahe Versorgung denn wert sei. Das nächste Thema brachte der Kammer-Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann ins Gespräch: „Der Bereich der ambulanten Medizin steht durch die Möglichkeit neuer Kooperationsformen wie Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) vor dramatischen Veränderungen. Die Politik weiß wohl gar nicht genau, was sie hier beschlossen hat.“ Minister Schnappauf stimmte dem voll zu. Die MVZ sorgten für eine Verzerrung der bestehenden Situation, die niedergelassenen Ärzte hätten auf Grund der Gesetzesvorgaben keine „Waffengleichheit“. Der direkt angesprochene CSU-Bundestagsabgeordnete Matthias Sehling räumte ein, dass es gerade in diesem Bereich Nachholbedarf im GMG gebe. Bei den MVZ habe man sowieso eher die besondere Versorgungssituation in den neuen Bundesländern im Auge gehabt und keinesfalls das Ziel, Großunternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, Vertragsarztsitze aufzukaufen.

Nach diesen eher praktischen Folgen der Umsetzung des GMG widmete sich die Diskussionsrunde anschließend dem Zwiespalt zwischen Ethik und Ökonomie. So äußerte Kaplan die Befürchtung, dass die Ärzte zwischen Berufsordnung, Sozialrecht, Budgetvorgaben und dem Wunsch, den Patienten bestmöglich zu versorgen, aufgerieben würden. Im gesamtgesellschaftlichen Diskurs müsse man sich deshalb auch der Frage nach Leistungsausgrenzungen stellen, so Koch: „Das ist keine Frage, die wir Ärzte allein beantworten können.“ Auf der Gegenseite, un-

ter den Politikern, war die Bereitschaft dazu allerdings gering. Während Wahnschaffe sich vor einer „Wolfsgesellschaft“ fürchtete und einer sanften Anpassung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) das Wort redete, verwies Sehling auf die Selbstverwaltung: „Die Kompromisslösung mit einem Gemeinsamen Bundesausschuss von Ärzten und Krankenkassen ist zumindest solange das Beste, bis uns etwas Besseres einfällt.“ Einig war man sich dann wieder in der Meinung, dass mehr Flexibilität in das System muss. Während Schnappauf empfahl, die Eigenverantwortung der Versicherten dadurch zu erhöhen, dass man ihnen eine Rechnung ausstellt, plädierte Kaplan für eine Stärkung der Prävention vom Kindergarten an. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit beendete die Moderatorin an diesem Punkt eine Diskussionsrunde, die wohl nicht nur sie als „anregend und teilweise sogar kontrovers“ empfunden hatte.

## Credo

Die Schlussworte gehörten dann dem Präsidenten der Ärztekammer. Er fasste noch einmal die Diskussion zusammen und brachte einige neue Begriffe ein. So fürchte er sich davor, dass es bald anstelle von Patienten nur noch „Health-Care-Consumer“ geben könnte. Er verdammt „ein Abarbeiten medizinischer Checklisten ohne Sinn und Verstand“ und forderte stattdessen, die wichtigsten Grundregeln sozialer Gerechtigkeit nicht einfach preiszugeben. Kochs Credo, zusammengefasst in zwei Sätzen: „Ich bin für eine Ökonomisierung an der richtigen Stelle. Aber ich wehre mich gegen eine strikte Durchökonomisierung, weil unsere Patienten dadurch unweigerlich auf der Strecke bleiben.“ Damit hatte er den Nerv der Gäste getroffen und konnte mit viel Applaus den Ärztetag offiziell eröffnen. Für genug Gesprächsstoff beim geselligen Teil des Abends, der von der Big Band des Memminger Bernhard-Strigel-Gymnasiums musikalisch untermalt wurde, war jedenfalls gesorgt.

## Berichte

Unter TOP 2 befassen sich die 180 Delegierten der über 64 000 bayerischen Ärztinnen und Ärzte mit dem Tätigkeitsbericht der BLÄK.

Obwohl Präsident Koch bereits am Vorabend bei der Eröffnung in seinem Statement viele aktuelle Themen angesprochen hatte, ging er in seinem Vortrag unter anderem auf die „Ärzte-Wanderungen“, die Finanzierung der GKV, die Medienarbeit, die Finanzen der BLÄK und die Fort- und Weiterbildung ein. Der Präsident präsentierte den Delegierten

eine ausführliche Darstellung der Kammerarbeit und zum Thema GKV-Finanzierung sagte Koch: „Die Finanzierungstechnik kann nur Mittel zum Zweck für eine im Zugang chancengleiche und qualitativ hoch stehende Patientenversorgung sein.“ (siehe dazu auch den Bericht im Mittelteil Seite 1 ff.).

BLÄK-Vizepräsident Dr. Max Kaplan sprach in seinem Bericht über die ärztliche Fort- und Weiterbildung, über die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Ausschüsse und Kommissionen der BLÄK, die medizinischen Assistenzberufe, die Positionierung der BLÄK gegenüber der Politik, das Engagement der BLÄK in der öffentlichen Gesundheitspflege und den Ärztemangel im stationären und ambulanten Versorgungsbereich. Zum prognostizierbaren Hausärztemangel in Bayern sagte Kaplan wörtlich: „Die Ursachen für den Ärztemangel sind bekannt: hohes Arbeitspensum, enormer bürokratischer Aufwand in Praxen und Krankenhäusern und ‚Regelungswut‘ der Politik. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache“ (siehe dazu auch den Bericht im Mittelteil Seite 8 ff.).

Im Anschluss daran referierte Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann aus seinem Ressor über zwei ausgewählte Themen: Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und Berufsordnung. Die Themen Verband der Freien Berufe, Gutachterstelle, Ärztliche Stellen und Qualitätssicherung/Qualitätsmanagement streifte der Vizepräsident nur kurz. Zur Gebührenordnung sagte Ottmann: „Die Entwicklung der GOÄ ist seit Jahren festgefahren und bereitet Ärzten, Patienten und ihren Versicherungen außerordentlich große Probleme“ (siehe dazu auch den Bericht im Mittelteil Seite 12 ff.).

## Satzung

Die über 100 Anträge zu den Berichten der Präsidenten befassten sich mit der Notfallmedizin, dem Medizinstudium, der ambulanten und stationären Versorgung, der Fortbildung und der Qualitätssicherung, der Tätigkeit der Körperschaften, den Angelegenheiten der Bundesärztekammer (BÄK), der GOÄ und der Weiterbildung (siehe Seite 653 ff.). Das Plenum beschäftigte sich in einer angeregten Debatte ausführlich mit den Änderungsvorschlägen des Satzungsausschusses, die vom Ausschuss-Moderator Dr. Christoph Emminger vorgetragen wurden. Beschlossen wurde unter anderem, künftig jährlich zwei Bayerische Ärztetage abzuhalten, eine Zusammenlegung benachbarter Ärztlicher Kreisverbände zu ermöglichen oder die zahlenmäßige Verkleinerung der Vollversammlung.

## Berufsordnung

Die Arbeitstagung startete am zweiten Sitzungstag mit den TOP Finanzen und Änderungen der Beitragsordnung der BLÄK. In einer heftigen, zum Teil kontroversen Debatte beschlossen die Delegierten wieder einmal die Änderung einiger Paragraphen der Berufsordnung. Neu ist:

- Die strikte Bindung an einen Praxissitz ist aufgehoben;
- zwischen ausgelagerten Praxisräumen und Zweigpraxen wird nicht mehr unterschieden;
- Kooperationen können über mehrere Berufsausübungsgemeinschaften hinweg stattfinden;
- Berufsausübungsgemeinschaften an mehreren Orten sind möglich;
- Kooperationen können auch auf einzelne Leistungen beschränkt werden.

Ausgesprochen hat sich der Ärztetag ferner dafür, dass es Bayerns Ärzten künftig erlaubt sein soll, ihre Praxen in der Rechtsform einer GmbH zu führen. Dazu muss nun der Gesetzgeber diejenigen Paragraphen im Heilberufe-Kammergesetz (HKaG) ändern, die derartige Ärztegesellschaften gegenwärtig verbieten. Geht es um die Beschäftigung angestellter Ärzte in Praxen, wird es in Bayern keine Anstellung von fachfremden Ärzten geben. Hier weicht die bayerische Berufsordnung von der Muster-Berufsordnung ab. Diese Änderungen können jedoch erst eingeführt werden, wenn das Aufsichtsministerium diese Neuheiten genehmigt. Für einige Bestimmungen muss auch das Sozialgesetzbuch V (SGB V), die Ärzte-Zulassungsverordnung und die Bundesmantelverträge geändert werden.

## Weiter- und Fortbildung

Vertagt haben die Delegierten alle Punkte, die zum TOP Weiterbildung zählten. Zum Schluss der Tagung ging es noch um die Fortbildung und die Gründung einer „Bayerischen Akademie für ärztliche Fortbildung“. Die Organe der Akademie sind Akademiebeirat und -vorstand. Die Akademie hat die Aufgabe, Fortbildungsthemen vorzuschlagen, Fortbildungsprogramme zu entwickeln, Fortbildungsveranstaltungen vorzubereiten sowie den Akademievorstand zu beraten. 2005 wird das Ärzteparlament in München und in Coburg und 2006 zweimal in München tagen.

*Martin Eulitz (KVB),  
Dagmar Nedbal (BLÄK)*